

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 1.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Abbestellen 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für ausführliche 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Zeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf., Kleinanzeigen 30 Pf., Kundliche Aufträge gegen Voranzahlung.

Verantwortlich: Rudolf Köber
Verlags-Redaktion: 25 241
Kassier: 20 011

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
 Marienstraße 38/42
 Druck und Verlag von Rieck & Meißner in Dresden
 Postfach-Route 1068 Dresden

Rachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der neue Ozeanflug geglückt.

Die West-Ost-Überquerung in Rekordzeit gelungen. — Landung der „Freundschaft“ bei Planelly in England.

Berlin, 18. Juni. Aus London wird gemeldet, daß das Flugzeug „Freundschaft“ mit Fräulein Carhart und dem Piloten Stutz um 1,40 Uhr im Hafen von Planelly (Grafschaft Wales) niedergegangen ist.

Ergänzend wird dazu gemeldet: Aus Bristol wird nunmehr bestätigt, daß das Flugzeug „Freundschaft“ etwa sechs Kilometer von Planelly entfernt, im Mündungsgebiet des Burra, gelandet ist.

Damit ist es zum ersten Male einer Frau gelungen, den Ozean zu überfliegen. Nachdem das Flugzeug auf das Wasser niedergegangen war, was in Anbetracht der Höhe einzuermessen schwierig war, wurden die Piloten von Fischern an Land gebracht. Die Nachricht von der Ankunft der „Freundschaft“ breitete sich in der Umgebung wie ein Lauffeuer aus und brachte eine zahlreiche Menge Zuschauer auf den Plan. — Der Besatzung der auf Neuseeland vorbereiteten „Columbia“ wurde die Nachricht von dem erfolgreichen Flug sofort telefonisch mitgeteilt, worauf Fräulein Voll den Fliegern ihre herzlichsten Glückwünsche übermittelte.

London, 18. Juni. Zur Landung des Flugzeuges „Freundschaft“ melden die Blätter: Nachdem das Wasserflugzeug an einer Boje verankert war, beachtete sich der Pilot William Stutz an Bord eines Küstenwachbootes an Land, um frischen Brennstoff zu bestellen. Miß Carhart und der Mechaniker blieben an Bord. Stutz erklärte, sie wollten sobald wie möglich nach Southampton weiterfliegen. Er bestätigte, daß Mangel an Benzin die Landung notwendig gemacht hätte.

In einem Interview mit dem „Evening Standard“ berichtete Stutz: Ich habe das Flugzeug während des ganzen Fluges gesteuert und hatte Infolge Nebels und Regens große Schwierigkeiten, meinen Kurs einzubehalten. Ich hatte schon seit einiger Zeit wahrgenommen, daß der Benzinvorrat knapp wurde und beschloß, bei der ersten günstigen Gelegenheit zu landen. Meine Gefährten sind gesund und froh, aber wir sind alle müde. Das Benzin würde nur noch für einige Meilen Flug gereicht haben. Der Flug war nicht angenehm, da ich ausschließlich mit Hilfe meiner Instrumente gesteuert habe. Glücklicherweise hat keines von ihnen versagt.

Einem Vertreter der „Evening News“ sagte Miß Carhart: Ich bin sehr froh und sehr glücklich, aber ich bin zu müde, um mehr zu sagen. Sie gab noch an, daß alle Meldungen, wonach sie mit Fräulein Voll einen Weltflug über den Ozean veranstaltet habe, unwahr seien und lediglich aus Sensationsgründen von der amerikanischen Presse in die Welt gesetzt wurden.

Thea Rajches Transoceanflugpläne.

New York, 18. Juni. Thea Rajche teilte der Associated Press mit, daß sie morgen nach Old Orchard Station werde, um dort mit einem Bellanca-Flugzeug von 200 P. S. Probeflüge für ihren Transoceanflug zu unternehmen. Das Flugunternehmen wird angeblich von einer Dame finanziert, deren Name noch nicht bekanntgegeben wurde. (W. T. B.)

Ueber 333 Stundenkilometer!

Die kommenden Versuche mit dem Raketenwagen. Frankfurt a. M., 18. Juni. Die Geschwindigkeitsversuche des Opel-Raketenwagens Nr. III sind endgültig auf Sonnabend, den 23. Juni, nachmittags 2 Uhr festgelegt. Die Fahrt findet auf der Eisenbahntrasse Burgwedel-Celle statt. Das Versuchsprogramm umfaßt drei verschiedene Fahrten mit jeweils gesteigerter Geschwindigkeit. Sollten die Versuche den Erwartungen entsprechen und insbesondere, sollte die bisher unberechenbare Haftung des Fahrzeuges am Boden ausreichen, so wird Frh. v. Opel bei einem vierten Versuch die höchste bisher von einem Fahrzeug erreichte Geschwindigkeit von 333 Stundenkilometer zu überbieten versuchen. Die Bremsung des Fahrzeuges erfolgt durch automatisch ausgelöste Bremsvorrichtungen, in der Hauptsache jedoch durch Bremsdraketen, die nach Durchlaufen der Strecke entgegen der Fahrtrichtung entzündet werden. Die Bremswirkung ist so berechnet, daß auch bei der Erreichung von Rekordzeiten der Bremsweg von drei Kilometern nicht überschritten wird.

Die Reichsbahn hat einen Sonderzug zur Fahrt von Hannover nach dem Startort bereitgestellt, zu dem Karren den Pressevertretern und wissenschaftlichen Instituten gegen Ausweis auszugeben werden. Der Sonderzug verläßt Hannover gegen 1 Uhr nachmittags.

Das russisch-polnische Mißtrauen.

Die Moskau verdächtige Reise Lindsays nach Warschau.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. Juni. Die alten Gegenstände zwischen Polen und Sowjetrußland haben sich wieder einmal bedenklich zuspitzen. An sich ist das nichts Ungewöhnliches, zumal es sich jetzt, wie so oft schon, um ein Attentat eines Emigranten auf Sowjetrußland handelt. Polen ruft nun einmal als „weicher Fremdkörper“, tief in den russischen Raum hinein. Es ist einer der Vorposten der „kapitalistischen“ Staaten, und zahllose russische Emigranten leben, zum Teil entwurzelt und deshalb verzweifelt und zu allem bereit, auf polnischem Boden. Diese Reibung der Systeme ist deshalb gewissermaßen etwas Natürliches, das andauern wird, solange in Moskau eine rote und in Warschau eine militärische Diktatur bestehen. Diesmal aber geht der Streit doch noch tiefer. Die Pressefische um den Anschlag eines Emigranten auf einen Handelskommissar der Warschauer Sowjetregierung ist auf beiden Seiten besonders erbittert und wird

verschärft durch gewisse außenpolitische Kombinationen:

weilte doch gerade in diesen Tagen der Berliner englische Gesandte Sir Ronald Lindsay in Polen und hat dort verschiedene gewiß nicht unwichtige Besprechungen geführt, die das ewig wache Mißtrauen Moskaus erregten, so daß die Sowjetpresse wieder einmal die Verwirklichung des englischen Gedankens eines Randstaatenbundes gegen die Sowjetunion gekommen glaubt, eines Bundes, dessen Führer daselbst Polen sein sollte, das im vergangenen Jahre seinen Rückzugskrieg um ein reichliches Drittel überstiegen, das für dieses Jahr den offiziellen Etat schon jetzt um ein Viertel erhöhte und das sich rühmt, in der Fabrikation von Kriegsgeschütz in der Maschinenindustrie und in der Manufakturindustrie außerordentlich viel geleistet zu haben.

Die neuen Moskauer Diplomaten sind so sprunghaft und offenbar so wenig konsequent, daß sie auch anderen Ländern nicht viel Folgerichtigkeit zutrauen. So sieht man in Moskau nur allzu schnell Wespennester und glaubt, die zunächst gegen Westen gerichteten polnischen Rüstungen nach Osten gewendet sehen zu müssen. Es ist daher kein Wunder, daß gerade jetzt eine von dem russischen Außenkommissar Tschitscherin inspirierte Stimme laut wird, die der kommenden deutschen Reichsregierung

ein engeres deutsch-russisches Abkommen vorschlägt.

Man muß zugeben, daß dies Anerbieten nach der Auslieferung des Schacht-Prozesses etwas reichlich unvermittelt kommt. Angesehen der durch das polnische

Nahrungsmittel, durch eine aus zufälligem Anlaß herbeigeführte Pressepropaganda und durch die polnische Reise des englischen Volschafers in Berlin entstandene sowjetrussische Nervosität ist doch wohl darauf hinzuweisen, daß vorläufig noch nichts Spruchreif ist. England wird an die Lösung des für die englische Diplomatie zweifellos bestehenden russischen Problems sicher nicht eher herangehen, bevor nicht die Dinge in China irgendetwas zur Klärung reif sind. Was die deutsche Haltung betrifft, so muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Deutschland nicht daran denkt, sich in irgendeiner gegen die Russen gerichteten Staatenbund mit einzufügen zu lassen. Welche Wünsche Rußland gegenüber Deutschland hat, ergibt sich aus folgender Meldung:

Moskau über die Außenpolitik der SPD.

Kowno, 18. Juni. Nach einer Meldung aus Moskau widmete eine längere Artikel und betont, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht imstande sein werde, Deutschlands Politik gegenüber der Sowjetunion zu ändern. Die deutsche Sozialdemokratie, die Anhängerin der Zusammenarbeit mit dem Westen sei, werde sich überzeugen müssen, daß Deutschland weder von Frankreich noch von Polen irgendwelche Erleichterungen in ihrer außenpolitischen Lage erwarten könne. Die deutsch-russischen Beziehungen, die auf dem Verträge von Rapallo und anderen Verträgen begründet seien, hätten sich normal entwickelt. Die deutsche Sozialdemokratie habe heute das Wort, um zu erklären, in welche Bahnen sie die künftige Außenpolitik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion zu leiten wünsche.

Russisch-polnische Besprechungen.

Kowno, 18. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben in den letzten Tagen zwischen Tschitscherin, Patel und Stomonjatow Besprechungen über die russisch-polnischen Beziehungen stattgefunden. Man sei jedoch zu keinerlei praktischen Ergebnissen gekommen. Auch der russische Gesandte in Warschau soll eine Unterredung mit dem am Sonntag nach Warschau zurückgekehrten Außenminister Jaleff gehabt haben.

Kowno, 18. Juni. Der afghanische Handelsminister, der sich in Moskau aufhält, wird, wie aus Moskau gemeldet wird, demnächst wieder abreisen, da die Verhandlungen, die er führte, ergebnislos verlaufen sind. Dieser Mißerfolg hat in Moskau stark verstimmt, um so mehr, als man annimmt, daß Afghanistan sich nunmehr nach England orientieren wird.

Der Familienhaushalt unter Gewerbeaufficht.

Aus Industrie und Kaufmannschaft, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft häufen sich die Klagen über die Einengung der privaten Betätigung im wirtschaftlichen Leben durch die immer mehr um sich greifende öffentliche Hand und über die vielen überflüssigen Vorschriften, durch die staatliche und kommunale Bürokratie die Unternehmungskraft in Fesseln schlägt. Doch für alle berechtigten Klagen haben bisher die Behörden nur laube Ohren gehabt. Ja, es ist ihnen noch nicht einmal genug mit dem Ruf von Paragraphen, der die private wirtschaftliche Initiative mit einem hemmenden Schlingwerk umspinnt. Sankt Bürokratismus ist jetzt sogar dabei, auch Familie und Haushalt unter Staatsaufsicht und Polizeigewalt zu stellen. Durch die Berliner Hausfrauenvereine ist vor einigen Tagen der Entwurf zu einem neuen Haushaltengesetz an das Licht der Öffentlichkeit gezogen worden, der mit seinen 24 Paragraphen einfach eine Unmöglichkeit ist. Die alte Gesetzbuchordnung verstand bekanntlich nach dem Ausdruck der Revolution. Zwischen Hausfrauen und Hausangestellten hat sich seitdem ein Gewohnheitsrecht herausgebildet, das ohne Zweifel im allgemeinen Verhältnis schief, mit denen beide Teile sehr wohl bestehen können. Wie seit Jahren viele wirtschaftliche Betriebe sich daran gewöhnt haben, ihren Arbeitnehmern Zugeständnisse zu machen, die sie früher als „Bedrohung der Existenz“ abgewiesen hätten, so haben sich auch die Hausfrauen damit abfinden müssen, ihren Dienstherrn viele Freiheiten zu geben, die sie in der „alten Zeit“ einfach für „untragbar“ erklärt hätten. Und so haben sich auf der Grundlage des ungeschriebenen Gewohnheitsrechts Zustände entwickelt, die bisher der regelnden Hand des Staates keinerlei Anlaß zum Eingriff gaben. Und das war gut so. Denn gerade das Verhältnis zwischen Hausfrau und Hausangestellten verträgt am wenigsten den äußeren Zwang, weil seine Gestaltung doch vor allem von den Personen bestimmt wird, die es eingehen wollen, und die, wenn sie nicht zueinander passen, auch nicht durch Paragraphen zu einem Zusammenleben gezwungen werden können. Vertrauen, Gewöhnung und persönliche Bindungen sind von jeher die trefflichsten Faktoren gewesen, die das Verhältnis zwischen Hausfrau und Hausangestellten regeln. Beide sind, je nachdem ob sie zueinander stimmten oder nicht, gut oder schlecht dabei gefahren.

Aber diese Regelung durch Gewohnheitsrecht glaubt der republikanische Staat nicht mehr dulden zu können. Für seine paragraphenreiche Bürokratie ist es ein beunruhigender Zustand, daß die verschwundene Gesetzbuchordnung noch immer nicht durch neue Gesetzesvorschriften ersetzt worden ist. So ist denn im Reichsarbeitsministerium der Plan zu einem neuen Haushaltengesetz entstanden. Bei der Abfassung des Entwurfes scheint der Urheber sich die Aufgabe gestellt zu haben, wie man einem guten Zusammenleben zwischen Hausfrau und Dienstherrn, auch wo beide Voraussetzungen dafür gegeben sind, schon im Entstehen Hindernisse in den Weg legen kann. Diese Aufgabe ist in dem geplanten Gesetz beispiellos gelöst worden. Das aufgehobene Dienstbuch wird ersetzt durch einen Ausweis mit Lichtbild und eigenhändiger Unterschrift des Hausangestellten, um zu verhindern, daß unsichere Elemente sich als Dienstherrn engagieren lassen. Dieser Schuß gegen diebische oder betrügerische Personen ist aber auch der einzige annehmbare Paragraph des Gesetzes. Die dann noch folgenden Bestimmungen fordern Unmöglichkeit über Unmöglichkeit. Eine Aufzählung der trassierten Vorschriften wird bei allen Hausfrauen Kopfschütteln über die Verstandlosigkeit hervorrufen, mit der man vom grünen Tische aus das Verhältnis von Hausfrau und Dienstherrn in „regelmäßigen“ Bahnen leiten will. Beim Engagement muß die Art der zu leistenden Arbeiten, die Zeit der Tätigkeit, Urlaub und Ausgehzeit ganz genau festgelegt werden. Die Angestellte kann Kinder warten und anderes mehr, was beim Vertragsabschluss nicht voraussehen war, einfach ablehnen, wenn es nicht in dem Abkommen vereinbart worden ist. Auch Vornahme von Ergänzungsbestimmungen in solchen Fällen ist nicht erlaubt. Es dürfen sich also in Zukunft Verhältnisse entwickeln, die aller Beschreibung spotten und die Errichtung ständiger Hausangestelltengerichte notwendig machen würden. Doch noch nicht genug damit, daß die Hausfrau keine bisher als selbstverständlich angesehenen Arbeiten verlangen darf, falls sie nicht vorher festgelegt worden sind, ist sie auch noch verantwortlich dafür, daß sich die Hausangestellte „außerhalb ihres Dienstes“ und außerhalb des Haushaltes der Dienstherrschaft ordnungsgemäß und stillschweigend betreibt. Wenn trotz dieser angeordneten Ueberwachung des Privatlebens der Dienstherrn, die sie natürlich gar nicht dulden werden, einer Angestellten etwas Menschliches passiert und sie der Niederkunft entgegensteht, so darf von ihr vier Wochen vorher und 14 Tage nachher keine Arbeit verlangt werden. Aber die Herrschaft hat nicht nur Lohn weiterzugeben, sondern sogar auch noch für Wochenbettspflege — die doch verdammt Pflicht und Schuldigkeit des Staates wäre — zu sorgen.

Allein diese Paragraphenauslese aus dem geplanten Haushaltengesetz macht die glatte Ablehnung desselben durch die Berliner Hausfrauenvereine durchaus begrifflich. Aber alle diese Bestimmungen sind noch nicht gegen den Schlußparagraphen. Er erklärt nämlich jeden privaten Haushalt, der Dienstherrn beschäftigt, zum — Gewerbe

16 5
156.0
384.87
140.0
159.0
78.9
24.5
28.7
120.0
124.5
129.75
97.25
168.8
86.0
291.5
42.0
183.0
260.0
78.8
476.0
73.25
86.0
98.0
179.0
80.5
31.5
158.12
102.8
123.25
162.6
138.25
138.25
97.4
108.8
138.0
70.0
161.28
170.5
118.0
708.0
117.9
72.12
266.8
70.8
168.8
97.875
704.5
80.8
80.25
104.25
104.25
63.0
60.5
157.0
147.0
104.87
188.0
28.8
261.0
81.0
76.5
194.25
98.5
138.0
170.0
68.0
138.25
110.0
164.0
311.25
169.75
12.14
82.0
56.75